

Verband der Chemischen Industrie

Dieser Artikel wurde für das Themenfeld **Lobbyisten in Ministerien** angelegt. Er enthält bislang nur Informationen über externe Mitarbeiter in Ministerien.

Der **Verband der Chemischen Industrie (VCI)** ist ein Interessenverband von 1.600 deutschen Chemieunternehmen und deutschen Tochterunternehmen ausländischer Konzerne. Innerhalb des Verbandes vereinigen sich mehr als 90 Prozent der deutschen Chemieunternehmen. Die Branche setzte 2005 ca. 153 Mrd. Euro um und beschäftigte über 441.000 Mitarbeiter.

Verband der chemischen Industrie e.V. (VCI)

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Interessenvertretung der Chemieindustrie
Gründungsdatum	1877
Hauptsitz	Frankfurt a.M.
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	vci.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	1
2 Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen	1
3 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	1
4 Fallbeispiele und Kritik	1
4.1 Lobbyisten in Ministerien	1
5 Weiterführende Informationen	2
6 Einzelnachweise	2

Kurzdarstellung und Geschichte

Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Fallbeispiele und Kritik

Lobbyisten in Ministerien

Der VDI konnte durch seinen Lobbyisten im Wirtschaftsministerium Einfluss auf die Sicherheitsbestimmungen im Umgang mit Chemikalien nehmen.

→ **Lobbyisten im Wirtschaftsministerium**

Zeitraum	zwischen 2004 und 2008 ^[1]
Mitarbeiter	k.A.
Bearbeitete Themen	k.A.

Anmerkung zu den inhaltlichen Aufgaben von Mitarbeitern der Chemieindustrie im BMWi:

Mitarbeiter von **BASF**, **LANXESS** und dem VCI haben im BMWi vermutlich an folgenden Themen gearbeitet:

- "technische und ökonomische Fragen der Chemikaliensicherheit"
- "Fortentwicklung internationaler Abkommen zum Handel und zur Verwendung von Chemikalien"

Eine konkrete Zuordnung der Mitarbeiter zu bestimmten Aufgaben ist laut BMWi nicht möglich.^[2]

Weiterführende Informationen

Einzelnachweise

1. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der FDP-Fraktion zu "'Monitor' - Bericht über eine neue Art von Lobbyismus in Bundesministerien"
2. ↑ Antwort des BMWi auf eine LobbyControl-Anfrage nach dem Informationsfreiheitsgesetz vom 21. November 2007